

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Oksächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkasskonto: Dresden 88 827

Verantwortlicher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht: 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiehhäbel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele
Verantwortlich: R. Kohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 35 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Widersprechen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 236

Bad Schandau, Sonnabend, den 8. Oktober 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Infolge des seit mehreren Tagen anhaltenden Regenwetters führen die Flüsse der Dobruška Hochwasser. Durch Ueberschwemmung wurden in Dobruška 143 Häuser zerstört. 25 Todesopfer sind zu betlagen. Das Wasser erreichte in den Straßen teilweise eine Höhe von vier Metern.

* Auf dem Flugplatz der Fliegerhule in Stamford (England) stießen zwei Militärflugzeuge zusammen. Einer der Piloten wurde verletzt. Ein Flugzeug ging in Flammen auf.

* Wie aus Moskau gemeldet wird, berichtet die russische Telegraphen-Agentur im Auftrage der Sowjetregierung, daß alle Meldungen, die von einer Ermordung des Militärkommissars Sergejew in Leningrad wissen wollen, den Tatsachen widersprechen. Ein Kommissar namens Sergejew sei weder in Moskau, noch in anderen Teilen Rußlands bekannt.

Elsäß-Lothringen als Durchgangsland.

Der „Mittler“ zwischen Ost und West.
Von Dr. J. Karcher.

Der Straßburger Rektor Prof. Pfister hat als der oberste Leiter des elsäß-lothringischen Unterrichtswesens Mitte September die neuen Richtlinien für den Volksschulunterricht im Lande den Blättern bekannt gegeben. Es handelt sich scheinbar um rein pädagogische Dinge: Wie vereint man schultechnisch die Forderung nach möglichst vollkommener Erlernung des Französischen, der „Nationalsprache“, mit dem von Poincaré vor rund einem Jahre gemachten Zugeständnis an die Autonomiebewegung, die größere Berücksichtigung der deutschen Muttersprache der elsäß-lothringischen Volksmehrheit verlangt? Poincaré hatte ja seinerzeit erklärt: „In den Gebenden, in denen der elsäßliche Dialekt (soll heißen: deutsch) gesprochen wird, müssen die Kinder beim Verlassen der Schule das Hochdeutsche in Wort und Schrift beherrschen.“ Der Pfister'sche Erlaß, der von den französischen Blättern als bedenkliche Nachgiebigkeit, als die „größte Dummheit“, als „erster Schritt vom Wege“ eingeschätzt, und von der heimatlichen Presse als Halbheit und Bluff bezeichnet wird, ist dahin zusammenzufassen, daß der Beginn des deutschen Unterrichts um ein halbes Jahr vorverlegt wird, also auf die Mitte des zweiten Schuljahres statt auf den Anfang des dritten. Bei der Abschlußprüfung, dem berühmten „Certificat d'Etudes“ nach französischem Muster, für das eine kleine Auswahl der Klassen gedrillt wird, soll das Deutsche berücksichtigt werden. Die französische Sprachenpolitik in Elsäß-Lothringen, die auf Vernachlässigung des Deutschen und rücksichtslosem Einpausen des Französischen besteht, hat eine nicht immer genügend beachtete „europäische“ Bedeutung: Ein gut Teil der deutsch-französischen Verständigung hängt davon ab, was aus Elsäß-Lothringen werden wird, ein verwelktes Stück französischer Provinz oder aber ein lebendiges, kultureller Entwicklung fähiges wahres Elsäß-Lothringen. Dies ist die klare politische Bedeutung der häufig nur gefühlsmäßig gewerteten Sprachenfrage.

In eigentümlicher Verkennung der Wirklichkeit wird der heimatrechtlichen Bewegung im Elsäß von ihren Gegnern entgegengehalten, daß ihr Festhalten an der deutschen Sprache auf der anderen Seite des Rheins den „Revanchegeist“ schüre. Daß der Zusammenhang zwischen deutsch-französischer Verständigung und elsäß-lothringischer Autonomie genau umgekehrt ist, hat in einem viel beachteten Aufsatz der „Revue de la Congrie“ erst jüngst ein Franzose zugegeben, Alcide Ebroy, der Verfasser der tapferen Bücher vom „Unsauberen Frieden“ und vom „Papierfetzen“. Die deutschsprechenden Volksteile der europäischen Staaten rings um Deutschland würden, meint Ebroy, „um so weniger daran denken, nach Deutschland zu schauen, je weniger ihre deutsche Kultur in den Ländern bedroht ist, denen sie als Fremdrassige angehören“, mit anderen Worten: je weniger Frankreich das Lebensrecht der deutschsprechenden elsäß-lothringischen Neufranzosen achtet, desto weniger kann es erwarten, daß sich die deutsche Kultur in der Nation als Volks- (nicht Staats-)Gemeinschaft mit der kulturellen Unterdrückung eines so wertvollen Gliedes ihrer selbst zufrieden gibt. Daß man im deutschen Volke an Frankreichs ehrlischer Achtung der deutschen Gleichberechtigung zweifelt, so lange es in Elsäß-Lothringen, seinen eigenen deutschsprachigen Departements, alles Deutsche mit kleinem Haß verfolgt, wird man in Paris einsehen.

Gerade Elsäß-Lothringen, das so ängstlich vor jeder Berührung mit deutschem Leben abgeschlossen wird, fühlt doch so stark seine besondere europäische Mittlerfunktion. Es glaubt die „Brücke“ zu werden, auf denen zwei Kulturen sich friedlich begegnen können. Wer sollte dazu in der Tat besser vorbereitet sein als der Elsässer und Deutschlothringer, vom Schicksal hin- und hergerissen, vollhaft im Deutschen verwurzelt, aber auch durch zweihundert Jahre Schicksalsgemeinschaft mit Frankreich wieder von französischem Geiste erfaßt?

An der großen Völkerstraße des Rheinstroms gelegen, war Elsäß-Lothringen seit einem Jahrtausend verschiedenartigsten Einflüssen ausgesetzt. Die heutige Generation im Lande fühlt stärker als jede frühere die Pflicht, im Interesse eines friedlichen Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich die besondere Eigenart des elsäß-lothringischen Wesens zu wahren; sie lehnt sich gerade um dieser „Mission“ willen gegen jede Vernachlässigung auf. Die sogenannte „Seimatrechts“-Bewegung fordert die Selbstverwaltung, weil nur so die kulturelle Besonderheit Elsäß-Lothringens im Rahmen des französischen Staates zu erhalten ist. Nicht friedensfeindlich, sondern höchst friedensförderlich müßte es sich auswirken, wenn die „nationale Minderheit“ Elsäß-Lothringens vom französischen Zentralismus die Anerkennung ihres Lebensrechtes erkämpfen könnte.

Nur als Durchgangsland, als unbehindert nach allen Seiten hin aufgeschlossenes Land wird Elsäß-Lothringen lebendig bleiben, seine Kräfte entfalten können. Der Elsäß-Lothringer weiß es. Er widersetzt sich daher mit zäher Entschlossenheit der Aufichtung einer geistigen chinesischen Mauer längs des Rheins, die ihm den Ausblick nach einer Seite der Welt, gerade nach der ihm sprach- und kulturverwandten deutschen Seite hin versperrt will. Niemand in der Welt wird es in der Tat verstehen können, daß man die Ausreise aus Elsäß-Lothringen den Einheimischen mit hundertlei Kniffen erschwert oder gar verbaut, daß man die Einfuhr deutscher Zeitungen, Zeitschriften, Bücher droffelt, deutschsprachiges Theater dem deutschsprachigen Lande nur in geringem Maße und

widerwillig darbietet, daß man gar die rein künstlerischen Darbietungen des deutschen Rundfunks begeißert. Alles dies paßt freilich durchaus zu der eingangs erwähnten französischen Sprachenpolitik, die dem Deutschen zu Leibe geht, und dabei doch nur erreicht, das Kulturniveau in den neugewonnenen Gebieten so herabzubrüden, daß für die „Mittler“-Aufgabe die wesentlichste Voraussetzung vernichtet wird: die geistige Aufgeschlossenheit. In zehn oder fünfzehn Jahren wird man von einem „Elsäß-Lothringen“ nicht mehr sprechen können, wenn dort die französische Auffassung aller bodenständigen Volkskräfte gewaltsam vollzogen sein wird. Dann wird zwar ein Stück europäischen Kulturlebens erwürgt, Frankreich aber die Sorge los sein, daß seine „Bastion am Rhein“ gefährdet ist. Der französische Rhein wird zwei französische Departements, Haut-Rhin und Bas-Rhin, bespülen, die sich in nichts von der Schläfrigkeit und beschaulichen Ruhe der übrigen französischen Provinz unterscheiden.

Rückkehr des Diktaturparagrafen in Elsäß-Lothringen.

Unter der Ueberschrift „Rückkehr“ des Diktaturparagrafen“ meldet die lothringische Presse, daß der Polizeipräsident von Straßburg dem Leiter der autonoministischen Zukunft mitgeteilt habe, die Zeitung werde beschlagnahmt, wenn über Fragen, die mit der Autonomie Elsäß-Lothringens zusammenhängen, geschrieben würde.

Kabinettsitzung über die Frage der Auslandsanleihen

Berlin, 7. Oktober. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand heute nachmittag in der Reichskanzlei eine eingehende Aussprache des Reichskabinetts unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten und des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft über die Frage der Auslandsanleihen statt.

Bei dieser Aussprache wurde eine völlige Einmütigkeit darüber erzielt, daß für Deutschland auch in der nächsten Zukunft die Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen nicht entbehrt werden könne und wirtschaftlich und finanzpolitisch durchaus berechtigt sei. Ferner herrsche darüber Uebereinstimmung, daß jede unter Berücksichtigung der heutigen Gesamtlage nicht dringliche oder unwirtschaftliche Ausgabe in Deutschland, sei es aus Auslandsanleihen oder aus anderen Quellen, unbedingt zu vermeiden sei. Um diese Gesichtspunkte in die Wirklichkeit zu übertragen, wurde eine

Ausgestaltung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen ins Auge gefaßt. Es soll insbesondere die Möglichkeit geschaffen werden, Bedenken, die bei der Antragsberatung auftauchen, durch erneute, mit besonderen Sicherheiten versehene Prüfung Rechnung zu tragen. Hierüber wird unter Mitwirkung der Reichsbank mit den Ländern, die auch seinerzeit mit der Reichsregierung die Richtlinien der Beratungsstelle vereinbart haben, alsbald Fühlung genommen werden.

Kein Rücktritt Dr. Schachts.

Berlin, 7. Oktober. Die Gerüchte, wonach der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe, entbehren, wie WSB. erfährt, jeder Grundlage. Sie werden von berufener Seite als vollkommen unsinnig bezeichnet.

Sperrung der serbisch-bulgarischen Grenze

Die Ermordung des Generals Kovacevic.

In Mazedonien ist, wie bekannt, vor einigen Tagen der jugoslawische General Kovacevic von einer bulgarischen Bande ermordet worden. Diese Banden, die sich ständig dort umhertreiben, sind halbe Räuber, hängen sich aber gewöhnlich das Müntelchen politischer Freischärler um. Das jugoslawische Kabinett hat nach diesem letzten Vorfall beschlossen, umfangreiche Maßnahmen zur Schließung der Grenze gegen Bulgarien zu ergreifen und eine vollständige Grenzsperrung gegen Bulgarien einzuführen. Die Erteilung von Sichtvermerken an Reisende nach Bulgarien wurde eingestellt. Der jugoslawische Gesandte in Sofia, Reßisch, überreichte im Auftrage seiner Regierung der bulgarischen Regierung eine Note, die von ihr Maßnahmen gegen das mazedonische Komitee fordert unter Hinweis auf die Ermordung des Generals Kovacevic.

Der Ministerrat in Belgrad hat beschlossen, die Leiche des Generals Kovacevic, den man als vor dem Feinde gefallen betrachtet, nach Belgrad zu überführen und unter arden Feierlichkeiten auf Staatskosten beerdigen zu lassen.

Die Erregung in Serbien und namentlich in Belgrad ist sehr groß. Die Presse sagt, das blutige Verbrechen beweise von neuem, daß die friedfertigen Absichten der jugoslawischen Regierung in den bulgarischen Regierungskreisen keinen Widerhall finden. Das zwingt sie zu der Annahme, daß diese Kreise, wenn sie mit der auf jugoslawischem Boden ausgeübten verbrecherischen Aktion nicht einverstanden sind, zum mindesten nicht die Macht besitzen, dem Vorgehen der serbenfeindlichen Elemente in Belgrad Einhalt zu tun. Die Blätter fordern, daß die Regierung Maßnahmen treffe, um den Frieden auf der Halbinsel zu sichern und den vom Krieg erschöpften Balkanvölkern eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen.

Belgrad, 7. Oktober. Die gespannte politische Lage wird durch den Besuch fremder Diplomaten im Außenministerium gekennzeichnet. Marintowitsch empfing zuerst den bulgarischen Ge-

sandten Dard, welcher eine längere Unterredung mit dem Außenminister hatte. Darauf empfing der Außenminister den englischen Botschafter Renard, der gleichfalls lange beim Minister blieb.

Die Attentäter gegen General Kovacevic verhaftet.

Belgrad, 7. Oktober. Der jugoslawische Polizei ist es gelungen, die Attentäter, die den Mordanschlag auf General Kovacevic verübten, festzunehmen.

Belgrad, 7. Oktober. Der jugoslawische Gesandte in Sofia hat heute beim bulgarischen Ministerpräsidenten den angekündigten Schritt unternommen. Er hat die bulgarische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß Jugoslawien mit aller Energie die Verhaftung des General Protogeroß verlange, der für die Ereignisse der letzten Tage die Verantwortung trage.

Ueberfall bulgarischer

Banditen auf eine jugoslawische Grenzgemeinde.

Belgrad, 7. Oktober. Heute nacht überfielen bulgarische Banditen die Grenzgemeinde Ljura und warfen neun Bomben auf Staatsgebäude. Die Gebäude sind zerstört. Die Gendarmerie und die Finanzwachen nahmen den Kampf auf, welcher bis in die Morgenstunden dauerte. Die jugoslawischen Wachen haben keine Verluste zu verzeichnen.

Weitere Banditenüberfälle an der südslawischen Grenze.

Belgrad, 8. Oktober. An der jugoslawisch-bulgarischen Grenze haben im Laufe des gestrigen Tages weitere Ueberfälle bulgarischer Revolutionäre stattgefunden. Eine etwa 150 Mann starke Komitasschibande versuchte den Uebertritt über die Grenze bei Bjelastica. Auch an der albanischen Grenze bei Monastir entfalketen bulgarische Komitasschibanden eine rege Tätigkeit. Am Zrnareka-Fluß und im Rajmatschalan-Gebirge versuchten bulgarische Banden, in die jugoslawischen Ortschaften einzudringen. Die Gendarmerie vertrieb die Banden nach heftigem Kampf. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es sich um einen systematischen Ueberfall des mazedonischen Kommandeurs auf jugoslawisches Territorium handelt.